

# Das Grundrecht des Stärkeren?

Der CDU-Politiker Thorsten Frei will das individuelle Recht auf Asyl abschaffen, weil es gerade den Schwächsten nicht helfe.

Der Migrationsexperte Gerald Knaus entgegnet, Veränderungen seien zwar nötig. Aber Freis Idee hält er für gefährlich

**Jochen Bittner** und **Stefan Schirmer**

**DIE ZEIT:** Herr Frei, Sie möchten das Grundrecht auf Asyl abschaffen. Es sei letztlich »inhuman«, schrieben Sie vorige Woche in einem Beitrag in der *FAZ*. Erklären Sie das bitte.

**Thorsten Frei:** Es geht mir nicht um das Abschaffen eines Grundrechts, sondern um eine Reform. Mit »inhuman« meine ich die Asylpraxis. Unser Asylrecht ist so konzipiert, dass wir theoretisch 35 Millionen Menschen aus Afghanistan aufnehmen müssten. Weil ein solcher Zuzug jede Gesellschaft überfordern würde, tun wir in Europa eine Menge dafür, damit möglichst wenige ihr Recht in Anspruch nehmen. Insbesondere knüpfen wir es an die Voraussetzung eines Antrags auf europäischem Boden. Die Folge: Es gilt das Recht der Stärksten. Nur sie schaffen die riskante Reise übers Mittelmeer. Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, ist chancenlos. Hinzu kommt: Selbst jene, die gar nicht schutzbedürftig sind, dürfen meist bleiben.

**Gerald Knaus:** Ich teile Ihre Analyse, dass der Status quo an den Grenzen der EU unmenschlich ist. Dieses Jahr starben bereits 2000 Menschen im Mittelmeer. In Libyen hilft die EU, Migranten vom Meer zurückzubringen, die dann gequält und gefoltert werden. Ich teile auch Ihr Ziel, die irreguläre Migration drastisch zu reduzieren. Aber Ihr Vorschlag wird weder zu weniger irregulärer Migration noch zu weniger Leid führen. Die Frage, wie Rückführungen funktionieren sollen, klärt er nicht.

**Frei:** Das sehe ich anders. Europa könnte, wie ich vorschlage, großzügige Aufnahmekontingente für, sagen wir, 300.000 oder 400.000 Schutzbedürftige pro Jahr schaffen. Daneben gäbe es Möglichkeiten für Arbeitsmigration. Andererseits würden alle anderen Menschen, die irregulär zu uns kommen, in sichere Drittstaaten zurückgeführt. Solange sie hier sind, bekämen sie keine Arbeit und keine individuelle Asylrechtsprüfung. Das heißt: Alle Lockmittel wären dann weg. Das Geschäftsmodell der Schlepper wäre zerstört.

**ZEIT:** Sie wollen das individuelle Asylrecht abschaffen und durch eine Institutsgarantie ersetzen. Statt »Politisch Verfolgte genießen Asyl« stünde im Grundgesetz dann so etwas wie »Das Asylrecht wird auf Grundlage bestimmter Gesetze gewährleistet«.

**Frei:** Ja. Schon heute haben wir weniger als einen Prozent Schutzberechtigte aufgrund des Asyl-Artikels 16 im Grundgesetz.

**Knaus:** Rückführungen müssen auch im Einklang mit der Menschenrechtskonvention und EU-Grundrechtecharta stehen. Extrem rechte Parteien in ganz Europa stellen diese infrage. Sie wollen Menschen an den EU-Außengrenzen ohne jedes

Verfahren abweisen. Ihr Vorbild ist Viktor Orbán, der genau das tut. Er hat das Recht, in Ungarn Asyl zu beantragen, abgeschafft – rechtswidrig laut Europäischem Gerichtshof. 2024 sind Europawahlen, und da ist es gefährlich, über den Sinn von Grundrechten zu debattieren, während die Lage an den Außengrenzen unverändert bleibt. Das hilft den Kräften, die wie Orbán die Rechtsstaatlichkeit in der EU zerstören wollen.

**Frei:** Einspruch! Eine Mitte-Partei wie die CDU kann eine Debatte, die geführt wird, nicht totschweigen aus Angst, dass sie auch den Falschen nützen könnte. Genau das wäre ein Konjunkturprogramm für die Radikalen. Entscheidend ist doch, wie man die Debatte führt. Kein Rechtspopulist würde vorschlagen, dass Europa jährlich Hunderttausende Schutzsuchende aufnimmt, wie ich das tue. Zumindest sind wir uns wohl darin einig, dass wir eine ehrlichere Debatte benötigen. Die haben wir jahrelang nicht geführt.

**ZEIT:** Wer ist »wir«?

**Frei:** Damit meine ich die gesamte Politik, mich eingeschlossen. In den vergangenen zehn Jahren sind 30.000 Migranten im Mittelmeer ertrunken, und keiner weiß, wie viele in der Sahara umgekommen sind. Auf der anderen Seite hat die völlig ungesteuerte Migration in Europa Rechtspopulisten erstarken lassen – Parteien, die nicht ein besseres Asylrecht möchten, sondern gar keines. Deshalb müssen wir uns endlich auf weitreichende Änderungen verständigen.

**ZEIT:** Herr Knaus, ein Sprecher von Pro Asyl kommentierte Herrn Freis Vorschlag so: »Es ist bitter, dass die Union damit die Positionen der Rechtsextremen übernimmt.« Was halten Sie von dieser Bewertung?

**Knaus:** Ich teile sie nicht. Das Ziel »weniger irreguläre Migration« ist nicht rechtsextrem, das steht auch im Ampel-Koalitionsvertrag. Rechtsextrem wird es, sobald die Menschenwürde geopfert wird. Wenn AfD-Leute den Einsatz der Schusswaffe an den Grenzen fordern. Wenn sogar Minderjährige in Wälder

getrieben werden, wie von Polen aus nach Belarus schon heute. Wer die Menschenwürde achtet, der darf nicht sagen: Wir schieben ab, ohne uns darum zu kümmern, was danach passiert. Der Kern der Debatte muss sein: Wie halten wir die Menschen davon ab, sich auf den oft lebensgefährlichen Weg nach Europa zu begeben – ohne dass wir unsere Werte opfern?

**ZEIT:** Was schlagen Sie vor?

**Knaus:** Zu uns kommen viele irregulär, die nicht

Schutz suchen, sondern Arbeit. Die meisten bleiben dann, ihre Abschiebung funktioniert selten. Daher braucht es mehr Abkommen wie das 2022 zwischen Griechenland und Bangladesch. Ab einem Stichtag muss Bangladesch jeden seiner ausreisepflichtigen Bürger sofort zurücknehmen, dafür können sich jedes Jahr 4000 als Arbeitskräfte legal bewerben. Das nützt beiden Seiten.

**Frei:** Das Problem ist: Solche Abkommen funktionieren nur, wenn auch die andere Seite ein echtes Kooperationsinteresse hat. Unsere Rückführungsabkommen mit Marokko und Algerien

funktionieren deswegen nicht. Selbst der EU-Türkei-Deal 2016, an dem Sie maßgeblich mitgewirkt haben, Herr Knaus, und den ich befürwortet habe, hat nicht lange gewirkt: Erst haben die Türken davon Abstand genommen, dann die Griechen.

**Knaus:** Klar, Abkommen funktionieren nur, wenn beide Länder ein Interesse an

ihnen haben. Bei der Türkei war das vier Jahre lang so, und in der Zeit ist die Zahl derer, die von dort nach Griechenland kamen, drastisch gesunken: von jährlich einer Million auf 30.000. Auch in Tunesien oder Marokko könnte Europa ein Interesse schaffen, ab einem Stichtag Leute zurückzunehmen, durch Visa-Erleichterungen oder Kontingente für unseren Arbeitsmarkt. Die Chancen, Migration zu reduzieren, ohne die Menschenwürde zu opfern, sind längst nicht ausgeschöpft.

**Frei:** Das sind kluge Überlegungen, sie haben aber bisher den Praxistest nicht bestanden.

**ZEIT:** Herr Frei, im vergangenen Jahr gab es etwa eine Million Asylbewerber in Europa. Glauben Sie wirklich, dass die alle wegbleiben, sobald das Grundrecht auf Asyl durch eine Kontingentlösung abgelöst wäre? Und was machen Sie mit den Migranten, die trotzdem weiter an den Außengrenzen ankommen würden?

**Frei:** Wir werden einen effektiven und robusten Außengrenzschutz brauchen. Anders wird es nicht gehen. Aber das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Funktionierender Grenzschutz nach außen war immer die Grundlage für Grenzfreiheit innerhalb der EU – nur dass wir den nie geschaffen haben. Ich will aber Herrn Knaus in einem Punkt recht geben: Unumstößliches Fundament für unsere Politik muss die Achtung der Menschenwürde sein. Daran zu rütteln, verbietet das Grundgesetz, und das würde ich auch niemals wollen. Nur, wie wir diesen Menschenwürdeschutz ausgestalten, darüber müssen wir neu reden.

**ZEIT:** Herr Knaus, lässt sich ein menschenwürdiges Asylrecht auch ohne das Grundrecht auf Asyl schaffen?

**Knaus:** Blicken wir nach Großbritannien: Die Regierung in London ist fest entschlossen, die irreguläre Einwanderung über den Ärmelkanal zu stop-

pen. Sie will daher alle Migranten, die per Boot ankommen, in den ihrer Meinung nach sicheren Drittstaat Ruanda ausfliegen. Dazu hat das englische Berufungsgericht gerade eine wegweisende Entscheidung getroffen: Es verstoße nicht gegen die Flüchtlingskonvention, jemanden in einen sicheren Drittstaat abzuschicken. Allerdings brauche dieses Land dann ein gutes Asylsystem. Sonst bestehe die Gefahr, dass Leute, die in Ruanda landen, von dort ohne Schutz in ihre Heimatländer weitergeschickt werden. Und das würde die Menschenwürde verletzen.

**ZEIT:** Das heißt, man könnte den Menschenwürdeschutz auslagern?

**Knaus:** Es geht darum, lebensgefährliche Migration zu entmutigen und durch legale Mobilität zu ersetzen. Der beste Weg dazu ist Kooperation mit tatsächlich sicheren Drittstaaten. Die EU könnte jetzt versuchen, selbst ein Abkommen mit Ruanda zu schließen, damit jene, die aus Libyen kommen, dort den Asylantrag stellen. Das UNHCR könnte dort die

Verfahren machen. Das würde dazu führen, dass Pakistaner oder Ägypter gar nicht mehr nach Libyen reisen. Im Koalitionsvertrag der Ampel steht, dass im Notfall geprüft werden soll, ob Schutz auch in Drittstaaten gewährt werden kann.

**Frei:** Leider tut die Bundesregierung aber gerade das Gegenteil. Als die EU-Staaten kürzlich ihren Asylkompromiss fassten, hat sich die deutsche Innenministerin Nancy Faeser mit Kräften gegen diese Drittstaatenregelung gewehrt. Sie tut nichts, um die Sogwirkung nach Europa zu begrenzen. Wir werden, die bisherigen Zahlen hochgerechnet, dieses Jahr vermutlich mehr als 300.000 Asyl-Erstanträge in Deutschland haben. Diese Zuwanderung trifft auf ein Land, in dem 700.000 Wohnungen fehlen, ebenso wie Plätze in Kitas und Schulen. Deswegen können wir nicht alles lassen, wie es ist.

**ZEIT:** Wenn wir Sie beide richtig verstehen, sind Sie sich doch in einem einig: Der unantastbare Menschenwürde-Kern des Asylrechts besteht darin, dass Menschen nicht wieder in ein Land zurückgebracht werden, in dem ihnen Verfolgung droht. Allerdings müsste dieser Schutz nicht notwendig in Deutschland selbst erfolgen.

**Knaus:** So sieht es die Flüchtlingskonvention vor. Ich denke, es ist kein Zufall, dass Deutschland und Österreich in den letzten Jahren weltweit pro Kopf am meisten Asyl vergeben haben. Sie haben vor Augen, dass im Zweiten Weltkrieg die demokratische Schweiz an ihrer Grenze ausgewählt hat, wer Schutz erhielt: Franzosen durften rein, sowjetische Zwangsarbeiter oder Juden aus Wien oder Berlin wurden zurückgeschickt, oft in den sicheren Tod. Als 1951 in Genf die Flüchtlingskonvention beschlossen wurde, war ihr Kerngedanke das Refoulement-Verbot: keine Zurückweisung in die Gefahr, niemals. Wir brauchen dafür den Beweis, dass ein Land wie Ruanda wirklich sicher ist. Da-

Die Zeit / 27.07.2023

ran sollten die EU und das UNHCR arbeiten.

**Frei:** Genauso ist es: Der Kern des Asylrechts ist letztlich das Non-Refoulement-Gebot. Alles, was darüber hinausgeht, unterliegt nicht der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes und lässt sich gesetzlich gestalten. Natürlich ist das alles nicht einfach. Wir müssten dafür eine Menge Migrationsvereinbarungen schließen. Aber ich halte es für möglich.

**ZEIT:** Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, Ihr Unions-Kollege, ist da anscheinend skeptischer. Er hält es nicht für ausgemacht, dass Ihr Vorschlag »tatsächlich die erwünschten Erträge bringt«.

**Frei:** Er ist skeptisch, wie schnell man zu Ergebnissen kommt. Und klar, mein Vorschlag ist eher perspektivischer Natur. Dafür habe ich, entgegen mancher Berichterstattung, aus der eigenen Partei sehr viel Zustimmung bekommen. Auch das, was ich an positiven Rückmeldungen aus der Bevölkerung bekommen habe, motiviert mich, an der Idee weiterzuarbeiten. Der kurzfristige Erfolg ist schon mal, dass die Debatte angefangen hat.

**ZEIT:** Diese Debatte hätte die Union allerdings schon vor Jahren anstoßen können. Die Kontingent-Idee ist ja nicht neu, einige Migrationsforscher vertreten sie schon ziemlich lange. Warum greift die CDU sie erst jetzt auf?

**Frei:** Es gibt ein schönes afrikanisches Sprichwort: Die beste Gelegenheit, einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren. Und die zweitbeste Gelegenheit

ist jetzt.

**ZEIT:** Schönes Sprichwort. Aber keine Erklärung.

**Frei:** Wir haben in der Vergangenheit andere Wege verfolgt, auch aus historischen Erfahrungen heraus. Nur leider haben wir dadurch keine substanziellen Fortschritte erreicht, im Gegenteil: Wir haben in Europa eine desolate Migrationssituation. Deswegen müssen wir jetzt mal *out of the box* denken.

**ZEIT:** Man könnte auch annehmen, dass bis vor zwei Jahren Angela Merkel eine solche Debatte verhindert hat.

**Frei:** Sie hat, wenn Sie sich erinnern, gesagt, dass sich 2015 nicht wiederholen darf. Daraus müssen wir jetzt mal die richtigen Schlüsse ziehen.

**Knaus:** Angela Merkel hat immer klargemacht: Deutschland wird die Menschenwürde aller achten. Viele EU-Länder brechen heute das Recht, behandeln Schutzsuchende nicht im Einklang mit ihrer Würde. Das führt dazu, dass ein Land wie Deutschland mehr Asylanträge bekommt, weil niemand diese zum Beispiel in Ungarn stellen kann. Aber Angela Merkel wollte auch Kontrolle und verhandelte die EU-Türkei-Erklärung. Das hat dazu geführt, dass sehr viel weniger Menschen in der Ägäis ertrunken sind. Wir brauchen mehr solche Abkommen – und wir müssen sie dann auch besser umsetzen.